

Seit Jahren verlässlich sozial und feministisch im Einsatz: Gerecht verdienen. Gleiche Chancen. Gleichstellung!

Für eine berufliche Gleichstellung per Gesetz. Statt dem Geschlecht müssen Qualifikation und Arbeit über das Gehalt entscheiden. 21% weniger Verdienst für Frauen? Eine Frechheit!

Für ein Verbandsklagerecht, damit Frauen nicht allein gegen Unterbezahlung vor Gericht ziehen müssen.

Für ein Rückkehrrecht auf Vollzeit, das für alle Betriebe und Einrichtungen gilt.

Für unbefristete Arbeitsverhältnisse bei steigendem Mindestlohn.

Zeit für linken Feminismus

Wir haben in den vergangenen Jahrhunderten viel erreicht. Wir dürfen wählen, jeden Beruf ergreifen, sofern wir einen Ausbildungsplatz bekommen. Studieren, wenn wir uns das leisten können. Arbeiten gehen, ohne jemanden um Erlaubnis bitten zu müssen. Heiraten, wen wir wollen, oder das sein lassen. Ja, wir haben viel erreicht.

Aber: In Zeiten schreiender sozialer Ungerechtigkeit bleibt noch viel zu tun. Wir müssen dran bleiben. Wir streiten für Gleichstellung, damit Frauen und Männer gleich viel verdienen, gleiche Möglichkeiten haben, sich zu Hause die Arbeit gerecht aufteilen und Erniedrigung und Gewalt ein Ende haben.

Wir wollen grundlegend etwas ändern. Wir brauchen soziale Gerechtigkeit, ökologischen Umbau und Solidarität statt »sich Durchschlagen« gegen Männerdominanz und Konkurrenz.

Zeit für linken Feminismus



DIELINKE-FRAUEN.DE

DIE LINKE.



Zeichen der Zeit

Veranstaltung zum Internationalen Weltfrauentag

Alice Hoffmann und Barbara Spaniol

8.3.2022, ab 19 Uhr, Siebenpfeifferhaus Homburg

Kirchenstraße 8, 66424 Homburg

Frauen in der Krise entlasten - Entgeltungleichheit beenden - Gewalt gegen Frauen konsequent bekämpfen - verlässlich die Ziele erreichen

Die sozialen und ökonomischen Folgen der Coronakrise belasten Frauen im Besonderen – sie sind stärker von Einkommensverlusten im Rahmen einer geringfügigen Beschäftigung, als Solo-Selbstständige oder durch Kurzarbeit ohne arbeitgeberseitige Aufstockung betroffen. Eben diejenigen, die bereits bisher jeden Euro zweimal umdrehen mussten. Während Frauen schon vor der Pandemie den größten Anteil von Kinderbetreuung und Hausarbeit übernahmen, kamen während der Schließung von öffentlichen Kitas und Schulen weitere Aufgaben hinzu. Doppelte Herausforderungen wie Homeoffice und Homeschooling sind vermehrt von Frauen zu bewältigen, die daher vielfach ihre Arbeitszeit deutlich reduzieren müssen. Weniger Erwerbsarbeit und mehr Kinderbetreuung führen zu einer neuen ungerechten Normalität im Alltag.

Hinzu kommt, dass sogenannte typische Frauenberufe - Pflegerinnen, Erzieherinnen, Verkäuferinnen etc. - zwar systemrelevant, aber auch während der Pandemie schlecht bezahlt sind, obwohl sie Tätigkeiten mit hoher Verantwortung ausüben. Erwerbstätige Frauen haben im Schnitt niedrigere Einkommen. Frauen erhalten auch seltener eine Aufstockung des Kurzarbeitsgeldes – wohl auch, weil sie seltener nach Tarifvertrag bezahlt werden. Die Rückkehr zu bisherigen Arbeitszeiten und -bedingungen wird für einen Teil der Frauen, die wegen Sorgearbeit im Lockdown reduzieren mussten, schwieriger. Es besteht die Gefahr, dass manche Arbeitgeber sagen: einmal reduziert, immer reduziert.

Für Frauen, die von häuslicher Gewalt bedroht sind, ist die Corona-Pandemie zur häuslichen Falle geworden. Gewalt im sozialen Nahbereich nimmt im Lockdown zu – die Folgen werden in der öffentlichen Diskussion viel zu oft verharmlost. Wir begrüßen das grundsätzliche Anliegen des Prostituiertenschutzgesetzes, die dort arbeitenden Menschen besser schützen zu wollen. Die Praxis hat jedoch gezeigt, dass damit viel Vertrauen verspielt wurde – Gebühren und Kontrolle schrecken

ab, das Gesetz erreicht diejenigen, die den Schutz brauchen, zu wenig. Die Prostituierten werden eher wieder in die Illegalität und somit ins Verborgene gedrängt - weg von sozialen Einrichtungen, Prävention, Hilfen und Sozialarbeit. Wir fordern einen niedrigschwelligen Zugang zu Behörden und Hilfen. Außerdem sollen mehr Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter eingesetzt werden, um Prostituierte besser erreichen und ihnen Hilfe anzubieten zu können. Wir fordern darüber hinaus mit Blick auf das Prostituiertenschutzgesetz dahingehend eine Änderung, dass für Neuanmeldungen in der gesetzlichen Krankenkasse für diesen spezifischen Berufszweig keine Nachzahlungen entstehen. Diese sind für die Betroffenen meistens unzumutbar hoch und führen zu einem Misstrauen gegenüber dem Staat und sozialen Einrichtungen. Ohne gezielte Strategien und eine wirksame Gleichstellungspolitik wird sich das ungerechte Gefälle weiter verschärfen und die Frauen Leidtragende und Verliererinnen der Krise sein. „Sofortmaßnahmen“ mit entsprechenden Regelungen sind daher notwendig.

Wir wollen

- das Grundgehalt in der Pflege dauerhaft erhöhen.
- das Kurzarbeitsgeld angemessen anheben sowie ein branchenunabhängiges Mindestkurzarbeitsgeld einführen, das Erwerbstätige mit niedrigem Einkommen vor Armut schützt.
- einen armutsfesten Mindestlohn nicht unter 13 Euro die Stunde einführen und konsequente Maßnahmen zur Schließung der Entgeltlücke (Gender Pay Gap) zu erreichen.
- die gesetzliche Rentenversicherung zu einer Versicherung für alle Erwerbstätigen weiterentwickeln, in die alle einzahlen.
- Anreize für eine gerechtere Verteilung von unbezahlter Sorgearbeit schaffen sowie das berufliche Rückkehrrecht von Teilzeit auf Vollzeit ausbauen.
- auf Bundes- und Landesebene Initiativen für eine Aufwertung der sozialen Dienstleistungsberufe starten: für bessere Arbeitsbedingungen und eine der Verantwortung entsprechende, gerechte Entlohnung.

- gemeinsam mit Wirtschaftsförderungsgesellschaften, den Kammern und Gleichstellungsbeauftragten im Saarland Konzepte entwickeln, die dazu führen, dass Arbeitsbedingungen unter besonderer Berücksichtigung der Erfahrungen aus der Pandemie familienfreundlicher ausgestaltet werden.

- einen Rechtsanspruch auf Schutz und Hilfe vor Gewalt.
- Lotsen für betroffene Frauen und Mädchen, die durch die Vielfalt der Therapie- und Hilfeangebote führen.

- neben der Ausweitung des Aktionsplans gegen häusliche Gewalt stärkere Maßnahmen zum Sofort-Schutz für Frauen während und nach der Pandemie anzustrengen, u. a. mit einer Aufstockung der Plätze in den saarländischen Frauenhäusern sowie der Schaffung von Frauenschutzwohnungen für betroffene Frauen und Kinder.

- eine Koordinierungsstelle zur Umsetzung der Istanbul-Konvention im Frauen-Ministerium sichtbar und mit angemessener Personalisierung einrichten, gekoppelt mit einem Landesaktionsplan.

- eine bessere finanzielle Ausstattung von Programmen zum Ausstieg aus der Prostitution.

- die Legalisierung von kostenlosen und sicheren Schwangerschaftsabbrüchen unterstützen – die Paragraphen 218 und 219a wollen wir abschaffen.

- die feste Verankerung des Themas Schwangerschaftsabbruch im Medizinstudium.

- eine stärkere Förderung von kirchenunabhängigen Beratungsstellen für Frauen bezüglich des Schwangerschaftsabbruchs.

- die kostenlose Bereitstellung von Menstruationsartikeln in allen Bildungseinrichtungen, öffentlichen Gebäuden und Toiletten. Das Thema Menstruation ist nicht nur von Scham besetzt, sondern auch teuer. Der Zugang zu kostenlosen Hygieneprodukten bedeutet Teilhabe am Sozialleben.

